

Umstrittene Lösung für den Mangel an handwerklichen Lehrlingen

Berufsbildung und zirkuläre Migration

bbaktuell 205 vom 13. November 2007

Ende Oktober hat Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey die Idee eines kontrollierten Zugangs zum Schweizer Lehrstellenmarkt für Jugendliche aus Ländern ausserhalb der Europäischen Union vorgestellt.¹ Sowohl Bildungsexperten wie auch Migrationsfachleute zweifeln jedoch an der Realisierbarkeit eines solchen Modells.

Andreas Renggli

Die Idee von Micheline Calmy-Rey wirkt auf den ersten Blick bestechend: Jugendliche aus Partnerländern der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit absolvieren in unserem Land eine gewöhnliche Lehre. Und zwar in einer Branche, wie dem Baugewerbe oder der Metallbauindustrie, wo es seit Jahren unbesetzte Lehrstellen gibt. Anschliessend kehren die jungen Berufsleute zurück in ihre Heimat und können dort die erworbenen Fähigkeiten einsetzen.

Nach Ansicht der Aussenministerin würde neben dem Partnerland und der frisch ausgebildeten Fachkraft insbesondere auch die einheimische Wirtschaft davon profitieren.

Ob sich ihr Vorstoss allerdings erfolgreich umsetzen lässt, ist äusserst zweifelhaft. Patrik Lucca vom Schweizerischen Gewerbeverband bezeichnete den Vorstoss in einem Artikel der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) als «absurd».² Die Ausbildung von Jugendlichen mit anderem kulturellem und sprachlichem Hintergrund sei für die Lehrmeister mit enormem Aufwand verbunden. Als Beauftragter für Berufsbildung beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund gab sich Peter Sigerist im gleichen Beitrag der NZZ zwar offen für einen «zeitlich befri-

steten Pilotversuch mit klar definierten Kontingenten», warnte aber davor, für die in der Schweiz lebenden Migrantinnen und Migranten zusätzliche Konkurrenz zu schaffen.

Angebot und Nachfrage nicht deckungsgleich

Grundlegende Zielkonflikte ortet auch Daniel Duttweiler vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie: «Erstens richtet sich unsere Berufsbildung ganz klar auf den Schweizer Arbeitsmarkt aus. Es ist deshalb fraglich, ob wir Leute ausbilden sollen, die nachher gar nicht in der Schweiz arbeiten können. Und zweitens verlangen die erwähnten offenen Lehrstellen hohe kognitive Fähigkeiten. Sie können kaum durch Migrantinnen und Migranten ohne Kenntnisse unserer Sprache und unserer Kultur besetzt werden. Diese brauchen niederschwellige Angebote. Doch genau von denen gibt es selbst für in der Schweiz aufgewachsene Jugendliche zu wenig.»

Ebenso wie Lucca zweifelt auch Duttweiler an der Bereitschaft der Unternehmen: «Da sie den zusätzlichen Aufwand für eine solche Lehrlingsausbildung kaum in Kauf nehmen, würde dieses Programm wahrscheinlich über Arbeitswerkstätten laufen. Doch die müssten zuerst über entsprechende Ressourcen verfügen.»

Überforderung und falsche Anreize

Auf der persönlichen Ebene sei die Idee durchaus begrüssenswert, findet Christine Müller, Integrationsverantwortliche der Schweizerischen Flüchtlingshilfe: «Der Austausch zwischen Lehrlingen unterschiedlichen Hintergrunds ist generell spannend und bereichernd.» Insofern könne auch die Schweiz von einem solchen Programm profitieren.

¹ Text vgl. www.bbaktuell.ch/pdf/4253b.pdf

² Neue Zürcher Zeitung vom 1. November 2007, Seite 16

Gleichzeitig ist ihr aber klar, dass die ausländischen Lernenden nicht nur vor der Abreise und nach ihrer Rückkehr, sondern insbesondere auch während ihrer Lehrzeit in der Schweiz eng begleitet werden müssten: «Eine permanente Betreuung sollte gewährleistet sein, ansonsten würden sich die Jugendlichen in unserem gesellschaftlichen Leben kaum zurechtfinden.» Sie denkt dabei an die Methode des Case Management, wie sie bereits heute bei der Unterstützung von Migrantinnen und Migranten angewendet wird.

Ein grosses Fragezeichen setzt Müller hinter die zwingende Rückkehr: «Das würde sehr schwierig.» Diese Bedenken teilt auch Brigitte Hauser-Süess vom Bundesamt für Migration (BFM): «Es wird für Ausgebildete, in diesem Fall wohl aus ärmeren Ländern, wenig aussichtsreich sein, in ihrer Heimat die erworbenen Kenntnisse angemessen einzubringen. Wirtschaftliche Armut zu Hause wird sie vielmehr dazu anhalten, dauerhaft in der Schweiz zu verbleiben, wo sie sich während ihrer Ausbildung sprachlich und gesellschaftlich eingelebt haben.»

Selbst einen zeitlich kürzer angelegten Austausch nach abgeschlossener Berufslehre, wie das die Schweiz über bilaterale Verträge in rund 30 Ländern ermöglicht, erachtet Hauser-Süess als ungeeignet für die Entwicklungszusammenarbeit: «Diese Stagiaireprogramme sind Instrumente zur Förderung der Mobilität junger Berufsleute. Sie machen allerdings nur Sinn zwischen Ländern mit vergleichbarer wirtschaftlicher Situation und mit ähnlichem Berufsbildungsniveau.»

Entwicklungspolitisch ein Schritt rückwärts

Nach Auffassung von Calmy-Rey könnte das Schweizer Lehrstellenangebot für ausländische Jugendliche ein Bestandteil von neuen «konstruktiven Migrationspartnerschaften» werden. Doch daran glaubt Urs Egger nicht. Denn der Geschäftsführer der Schweizer Entwicklungsorganisation Swisscontact hat selber gegenteilige Erfahrungen gesammelt: «Während meiner Zeit an der ETH gab es zahlreiche ausländische Studierende, die mit



Foto: Jeanne Chevalier / Swisscontact

Eine Alternative: Mit dem Programm AlbVET unterstützt die Schweiz die Schaffung teilautonomer Ausbildungszentren in Albanien als Teil einer Reform der Sekundarstufe II des Landes. Initiant war die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, durchgeführt wird das Programm von Swisscontact, vgl. PANORAMA 5/07 (www.panorama.ch)

Hilfe von Schweizer Stipendien in den Genuss einer akademischen Ausbildung kamen. Doch das hat meines Erachtens wenig Erfolg gebracht, weil viele dieser Studierenden in der Schweiz geblieben sind. Ihnen selber geht es hier zwar gut, doch der Wissenstransfer in ihr Herkunftsland hat nicht stattgefunden.»

Ebenso wenig überzeugt ihn die Alternative, Schlüsselpersonen aus Partnerländern für kurzfristige Aus- und Weiterbildungen in die Schweiz zu holen: «Dieser Ansatz ist ebenfalls veraltet und wir sind davon weggekommen. Es ist sinnvoller, entsprechende Bildungsstrukturen vor Ort zu stärken oder aufzubauen. Wenn diese Institutionen gut funktionieren, erzeugen sie eine nachhaltige Wirkung.» Als Beispiele solcher Initiativen nennt er Albvet in Albanien (vgl. PANORAMA, Ausgabe 5/2007) sowie das Training Institute for Technical Instruction in Nepal. Ausserdem ruft Urs Egger in Erinnerung, dass Partnerländer die Bildungspolitik auf lange Sicht ohnehin selber in die Hand nehmen müssen. Und auf dem Weg dorthin scheinen ein paar Lehrstellen in der Schweiz kaum spürbaren Nutzen zu stiften.

Kostengünstigere Hilfe vor Ort

Verbunden mit der Wirksamkeit stellt sich für die Idee der Bundesrätin auch die Frage der Wirtschaftlichkeit. Sie kann zum jetzigen Moment aufgrund fehlender Detailinformationen zur konkreten Ausgestaltung des Vorstosses nicht eindeutig beurteilt werden. Doch Brigitte Hauser-Süess gibt für das BFM bereits ein klares Bekenntnis ab: «Die Kosten für Vor- und Nachbetreuung, die Betreuung während des Aufenthaltes in der Schweiz sowie die Sicherstellung einer Reintegration im Herkunftsland dürften nach unserem Ermessen sehr hoch sein. Wir glauben daher, dass geeignete Massnahmen in der Region erfolgreicher und kostengünstiger realisiert werden könnten. Aus diesem Grund sind Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort in jedem Falle vorzuziehen.»

Umso mehr bedauert Egger, dass in den letzten Jahren im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit immer weniger Mittel in die Berufsbildung fliessen: «Dabei hätte die Schweiz gerade in diesem Bereich grosses Know-how zu bieten.»

Kurzfristige Bildungsangebote für Migrantinnen und Migranten

Unter dem Schlagwort «Flüchtlingslehre» hat Bundesrat Christoph Blocher 2005 die Idee von neuen Bildungsmassnahmen lanciert. Zielgruppe dieser Initiative sind bereits in der Schweiz lebende, anerkannten Flüchtlinge. Mit der vorgeschlagenen Ausbildung soll ihre Erwerbstätigkeit markant gesteigert werden, vergleiche das Konzept unter www.bbaktuell.ch/pdf/bba3791a.pdf.

Der Name ist insofern irreführend, als dass es sich dabei nicht um eine eigentliche Lehre handelt. Das Bundesamt für Migration (BFM) bezeichnet das Angebot als «eine Art verkürzte Anlehre im Sinne einzelner berufsorientierter Bildungsmodulen in Verbindung mit Praktika, meist ergänzt mit gezielter Sprachförderung.» Die Abschlüsse sind mehrheitlich auf Stufe der Branchenverbände (Gastronomie und Logistik) anerkannt.

Die drei im Herbst 2006 begonnenen Pilotprojekte in Basel, Marly und Emmenbrücke sollen Aufschluss darüber geben, wie anerkannte Flüchtlinge erfolgreich in die Arbeitswelt integriert werden können. Die Projekte sind grösstenteils abgeschlossen, doch das BFM wird sich erst im Evaluationsbericht vom Frühling 2008 über den Erfolg der Pilotphase äussern.

Das EDA verfolgt die Idee weiter

Das Eidgenössische Departement für äussere Angelegenheiten hat bisher nicht im Detail auf die Kritikpunkte reagiert. Informationschef Jean-Philippe Jeannerat bestätigt auf die Anfrage von bbaktuell lediglich, dass an der bestehenden Idee festgehalten wird: «Wir verstehen die einzelnen Einwände und wissen, dass die Umsetzung auch Schwierigkeiten mit sich bringen wird. Allerdings sind wir überzeugt, dass eine solche Kooperation im Bildungsbereich eine grosse Chance bietet für die Ausweitung unserer Entwicklungszusammenarbeit.»

Der Autor, Andreas Renggli, ist Leiter der Luzerner Kommunikationsagentur Polarstern und schreibt für Fachmedien in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Bildung.
Email: andreas.renggli@polarstern.ch

bbaktuell wird im Newsletter über die weiteren Schritte des EDA berichten. Die Redaktion

